

I. Information nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (im Folgenden: DSGVO)

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung. Verantwortliche und betriebliche Datenschutzbeauftragte ist: Anwaltskanzlei Bayraktar & Kollegen, Rechtsanwältin Nurcan Bayraktar, Rheinhäuser Str. 41, 68165 Mannheim, Tel: 0621 / 533 988 77 • Fax: 0621 /53398878 • mail@anwaltskanzlei-bayraktar.de •

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wir erheben im Rahmen der Mandatsausführung folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- Geburtsdatum
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz, Faxnummer und/oder Mobilfunk)
- Bankverbindung (IBAN und BIC)
- Rechtsschutzversicherungsname und –nummer
- Handelsregister- und/oder Steuernummer
- Staatsangehörigkeit
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail mail@anwaltskanzlei-bayraktar.de.

II. Personenbezogene Daten der gegnerischen Partei oder sonstiger Dritter und ihre Rechte, Information nach Art. 14 DSGVO

Die Kontaktdaten des Verantwortlichen und des Datenschutzbeauftragten ergeben sich aus Ziffer I,1. oben.

Im Rahmen der Mandatsführung werden regelmäßig – ohne Kenntnis des Betroffenen – Daten erhoben über den Forderungsgegner oder sonstige Dritte. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit b DSGVO zum Zwecke der Rechtsverfolgung oder Verteidigung im Rahmen des Mandats unserer Mandanten und Auftraggeber. Es besteht der Gegenseite und sonstigen Dritten gegenüber keine Benachrichtigungspflicht, wenn die Daten nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, namentlich wegen des überwiegenden rechtlichen Interesses eines Dritten, geheim gehalten werden müssen. Wir sind durch die anwaltliche Schweigepflicht zur einwilligungslosen Datenerhebung berechtigt, wenn es zur Wahrung berechtigter Interessen der unserer Mandantschaft erforderlich ist und schutzwürdige Interessen der Gegenseite nicht überwiegen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten der Gegenseite oder sonstiger Dritter dient ausschließlich der Durchführung des anwaltlichen Mandatsverhältnisses.

Verarbeitet werden, jeweils soweit erforderlich, Adress- und Stammdaten, Vermögensdaten, Vertragsdaten, Forderungsdaten, welche vom Auftraggeber oder von Auskunftdateien übermittelt worden sind.

Im Rahmen des Mandats sind wir berechtigt, soweit zur Rechtsausübung oder -verteidigung unseres Mandanten notwendig, die Daten an Dritte der Kategorie Gerichte, Gerichtsvollzieher, Behörden und Ämter, Unternehmens- und Handelsregister, Drittschuldner, Auskunftdateien, Rechtsanwälte, Abtretungsempfänger weiterzugeben.

Die Daten werden nach Beendigung des Verfahrens gelöscht, soweit sie nicht zwingend bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert oder nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) gehalten werden müssen; in diesem Fall werden sie nach Ablauf der jeweiligen Fristen gelöscht.

Gemäß Art. 15 bis 22 DSGVO stehen Ihnen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu:

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, auf Datenübertragbarkeit.

Als Gegner besteht gleichsam in der Regel kein Recht auf Auskunft über die Datenverarbeitung, da dies die Durchsetzung der rechtlichen Interessen unserer Mandanten beeinträchtigen würde. Entsprechendes gilt für Löschungs- und Sperrungsansprüche, welche nur dann bestehen, wenn die gespeicherten Daten nicht mehr im Mandatsverhältnis und auch nicht mehr aus Beweis- und Dokumentationsgründen benötigt werden (vgl. Art. 17 Abs. 3 e DSGVO).

Gemäß Art. 14 Abs. 2, c DSGVO i. V. m. Art. 21 DSGVO steht Ihnen ebenso ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung zu, das auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruht. Das Recht besteht nicht, solange gemäß Art. 21 Abs. 1 letzter Satz DSGVO die Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient. Sind Sie der Ansicht, die Datenverarbeitung erfolgt unrechtmäßig, steht Ihnen nach Art. 77 DSGVO das Recht zu, sich bei der sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

gez.
Nurcan Bayraktar
Rechtsanwältin

gez.
Sayıl Bayraktar
Rechtsanwalt